

Pressemitteilung

Fulda, 26. November 2015

Haftpflicht für Hebammen steigt erneut

Auf der jährlichen Bundesdelegiertentagung des Deutschen Hebammenverbandes e.V. (DHV) in Fulda wurde bekannt gegeben, dass der DHV weiterhin eine Versicherung für freiberufliche Hebammen anbieten kann. Der Haftpflichtschutz für weitere zwei Jahre wird von einem Konsortium aus mehreren Versicherern abgedeckt. Damit gehen jedoch erneut massive Steigerungen einher: Im Juli 2016 steigt die Haftpflicht um neun Prozent auf jährlich 6.843 Euro für freiberufliche Geburtshelferinnen, im Juli 2017 erneut um über elf Prozent auf dann 7.639 Euro. Ein Sicherstellungszuschlag soll Abhilfe schaffen, wird jedoch nicht alle betroffenen Hebammen ausreichend entlasten können. Erst kürzlich hat eine Schiedsstelle über dessen Ausgestaltung entschieden. Der DHV bereitet aktuell eine Klage gegen diesen Schiedsbeschluss vor.

„Hebammen können auch ab Juli 2016 weiterhin freiberuflich arbeiten“, so Martina Klenk, Präsidentin des Deutschen Hebammenverbands. „Doch die Kosten steigen weiter. Die bisher verabschiedeten politischen Maßnahmen greifen nicht ausreichend. Der Sicherstellungszuschlag ist eine sinnvolle Maßnahme zur Entlastung der Hebammen. Die Umsetzung entspricht aber nicht dem, was wir Hebammen brauchen und was der Gesetzgeber erreichen wollte.“ Auch von dem im Juni beschlossenen Regressverzicht der Kranken- und Pflegekassen erwartet der DHV keine Auswirkungen auf den Versicherungsmarkt. Nach wie vor gibt es keine alternativen Versicherer zum Konsortium für den DHV ab Juli 2016. Der DHV sieht weiterhin den dringenden Bedarf, das Problem auch langfristig anzugehen. Eine mögliche Lösung bietet ein Haftungsfonds, der bei Schäden einspringt, die über eine Haftungsobergrenze hinausgehen.

In den vergangenen Jahren sind immer mehr freiberufliche Hebammen aus dem Beruf und insbesondere aus der Geburtshilfe aufgrund der hohen Haftpflichtprämien ausgestiegen. Eine ausreichende Versorgung mit Hebammenhilfe ist in vielen Regionen in Deutschland nicht mehr gegeben. Rund um die Geburtshilfe werden im kommenden Jahr weitere Lücken in der Versorgung entstehen. Die Zentralisierung von Kliniken verschärft diese Situation und bedeutet, dass nicht mehr überall wohnortnah Geburtshilfe angeboten werden kann. „Hebammen garantieren eine möglichst interventionsarme Geburtshilfe und handeln damit im Sinne der werdenden Mütter. Hebammenhilfe hat unschätzbaren Wert. Das gilt es unbedingt zu erhalten. Dafür werden wir mit allen Mitteln kämpfen“, betont Martina Klenk.

Die BDT ist das wichtigste beschlussfassende Gremium des Deutschen Hebammenverbandes. Rund 150 delegierte Hebammen aus den 16 Landesverbänden beraten über die Zukunft der Hebammen und stimmen über die künftigen Schwerpunkte des Verbandes ab. Außerdem werden bei der BDT in diesem Jahr u.a. zwei Präsidiumsmitglieder in ihrem Amt bestätigt oder neu gewählt.



Kontakt und weitere Informationen:

Deutscher Hebammenverband e. V.
Pressestelle
Telefon: 030/89390802
E-Mail: presse@hebammenverband.de

.....

Der Deutsche Hebammenverband e.V. (DHV) ist der größte Hebammenberufsverband in Deutschland und setzt sich aus 16 Landesverbänden mit über 19.000 Mitgliedern zusammen. Er vertritt die Interessen aller Hebammen. Im DHV sind angestellte und freiberufliche Hebammen, Lehrerinnen für Hebammenwesen, Hebammenwissenschaftlerinnen, Familienhebammen, hebammengeleitete Einrichtungen sowie Hebammenschülerinnen und Studierende vertreten. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist eine gute medizinische und soziale Betreuung der Frauen und ihrer Kinder vom Beginn der Schwangerschaft bis zum Ende der Stillzeit ein zentrales Anliegen des Verbandes. Als Mitglied in der European Midwives Association (EMA), im Network of European Midwifery Regulators (NEMIR) und in der International Confederation of Midwives (ICM) setzt er sich auch auf europäischer und internationaler Ebene für die Stärkung der Hebammenarbeit sowie die Gesundheit von Frauen und ihren Familien ein.